K16

Bleiben wir der Welt verbunden und in Europa zuhause

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	16.10.2020
Tagesordnungspunkt:	TOP5.5 Grün wählen und Baden-Württemberg leben

Kapitel 16: Europa und Internationales

Bleiben wir der Welt verbunden und in Europa zuhause

Baden-Württemberg liegt mitten im Herzen Europas – wir leben Europa! Für uns Grüne ist darum die Europäische Einigung Staatsräson. Wir pflegen einen selbstverständlichen Austausch mit unseren europäischen Nachbar*innen. Und wir profitieren von der europäischen Integration: Kaum eine Region in Europa ist dank der wirtschaftlichen Zusammenarbeit so wohlhabend wie Baden-Württemberg. Wir Grüne stehen ein für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Diese Werte sind Grundlage unserer grünen Regierungspolitik in Baden-Württemberg, in Europa und in unseren internationalen Beziehungen. Ressortübergreifend haben wir die entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs erarbeitet und dabei die Zivilgesellschaft in dem breit angelegten Beteiligungsprozess „Weltbürger:gefragt!“ einbezogen. Auf dem „Europadialog Baden-Württemberg“ gründet das europapolitische Leitbild der Landesregierung.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss bei der Krisenbewältigung auf verlässliche Füße gestellt werden. Dafür braucht es europäische Solidarität statt nationaler Alleingänge! So haben Krankenhäuser des Landes Patient*innen aus dem Elsass aufgenommen, die schwer an COVID-19 erkrankt waren, als die Kapazitäten vor Ort nicht mehr ausgereicht hatten.

Für ein grenzüberschreitendes Gesundheitsmanagement

Die Corona-Krise lässt sich nur gemeinsam bewältigen. Daher fordern wir Grüne, innerhalb der EU ein gemeinsames Management für eine grenzüberschreitende öffentliche Gesundheit aufzubauen. Hierzu gehört ein Bettennachweissystem, um freie Behandlungskapazitäten in Europa besser nutzen zu können. Wir werden entschieden für eine koordinierte Zusammenarbeit im Gesundheitswesen am Oberrhein arbeiten. Hierfür wollen wir das trinationale Kompetenzzentrum TRISAN weiterentwickeln und den neuen Grenzüberschreitenden Ausschuss (GRÜZ) effektiv nutzen. Der koordinierte EU-Katastrophenschutz rescEU benötigt eigene Kompetenzen und Kapazitäten. Nur so kann das Katastrophenmanagement in Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten und Bundesländern bedarfsgenau gesteuert werden.

Um unsere internationalen Abhängigkeiten in der Gesundheitsversorgung zu verringern, wollen wir die Beschaffung von Medikamenten, Impfstoffen, medizinischen Geräten und Schutzkleidung diversifizieren. Wir Grüne wollen die Produktion in Europa und an den bestehenden Standorten in Baden-Württemberg

stärken. Wir werden gezielt in Forschung und Entwicklung im Medizin- und Pharmaziebereich investieren.

Internationale Allianzen für Klima- und Umweltschutz vertiefen

Mit unserer nachhaltigen Industrie und innovativen Forschungslandschaft haben wir die Möglichkeit, die Zukunft Europas mitzugestalten. Fester Bestandteil unseres Europäischen Projekts für das neue Jahrzehnt ist die klimafreundliche Transformation der Wirtschaft. Mit dem European Green Deal hat sich die EU einen konsequenten Klimaschutz vorgenommen. Wir wollen Baden-Württemberg zum Musterland machen, das den Green Deal ambitioniert umsetzt. Wir müssen die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen und zugleich Arbeitsplätze in Europa erhalten und neue schaffen. Unser grün-geführtes Land war entscheidend an der Gründung der „Under2 Coalition“ beteiligt. In dieser Initiative arbeiten innovative Regionen aus der ganzen Welt beim ambitionierten Klimaschutz zusammen. Baden-Württemberg hat sich hier mit der Weiterentwicklung seines Klimaschutzgesetzes bereits ehrgeizige Ziele gesetzt. Nicht nur in den EU-Institutionen gehen wir als treibende Kraft voran. Wir werden auch bestehende regionale und internationale Allianzen im Umweltsektor vertiefen. Dafür werden wir die Zusammenarbeit der vier Motoren Europas – Katalonien, Auvergne-Rhône-Alpes, Lombardei und Baden-Württemberg – intensivieren. Wir werden eine ambitionierte Klimapolitik zur Agenda der Internationalen Bodenseekonferenz und des Oberrheinrats machen. Außerdem werden wir unsere grüne Klimapolitik im Rahmen der „Under2 Coalition“ vorantreiben.

Da das Atomkraftwerk in Fessenheim abgeschaltet ist, wollen wir unseren Beitrag zum deutsch-französischen „Zukunftsprozess Fessenheim“ leisten und ein positives Beispiel für einen erfolgreichen Strukturwandel setzen. Dafür werden wir die Region gemeinsam zu einem Forschungs- und Zukunftsstandort für erneuerbare Energien machen.

Handelsabkommen für eine ökologische und soziale Globalisierung nutzen

Wir Grüne haben klare Erwartungen an Handelsabkommen der EU: Wir stehen für eine Handelspolitik, die die Globalisierung gerecht gestaltet, die in ihren Handelsabkommen verbindlich soziale und ökologische Standards und das Vorsorgeprinzip festschreibt, die kommunale Daseinsvorsorge ausreichend schützt, den Pariser Klimavertrag als wesentlichen Bestandteil verankert und die parlamentarische Mitentscheidung bei der sogenannten regulatorischen Kooperation garantiert. Einseitige Sonderklagerechte für Investoren lehnen wir ab. Das sind unsere Maßstäbe für die Zustimmung zu Handelsabkommen. Deshalb lehnen wir CETA in der jetzigen Form weiterhin ab. Wir sind davon überzeugt, dass es möglich ist, das Abkommen im Sinne der oben genannten Kriterien zu verändern, solange es noch nicht endgültig in Kraft gesetzt ist. Das Mercosur-Abkommen mit Südamerika lehnen wir ab, weil es unseren Ansprüchen an Umwelt- und Klimaschutz und an die Menschenrechte nicht ansatzweise genügt.

Mobilität, Bildung und Forschung über Grenzen hinweg gestalten

Wir alle sind Europa. Als europäische Bürger*innen leben und gestalten wir europäischen Zusammenhalt im Alltag. Deshalb setzen wir uns für das

Landtagswahlrecht für alle EU-Bürger*innen ein, die dauerhaft in Baden-Württemberg leben. Damit Europa noch besser zusammenwachsen kann, wollen wir die Verkehrslücken zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass am Oberrhein schließen. Dabei setzen wir auf die Förderung klimafreundlicher Mobilitätskonzepte und werden den grenzüberschreitenden ÖPNV ausbauen und attraktiver gestalten. Die 2017 in Betrieb genommene Straßenbahn zwischen Kehl und Straßburg ist ein Erfolg – wir werden dem weitere solche Projekte folgen lassen!

Über eine mehrsprachige App möchten wir ein ÖPNV-Ticket für die gesamte Region Oberrhein anbieten und die Vernetzung der unterschiedlichen Mobilitätsträger verbessern. Dazu gehört auch, das kostengünstige Baden-Württemberg-Ticket auf Ziele im Elsass und in der Schweiz zu erweitern. Wir Grüne machen uns dafür stark, Bahnverbindungen über den Rhein zu reaktivieren. Insbesondere die Bahnlinie zwischen Freiburg und Colmar ist für uns ein wichtiges europa- und verkehrspolitisches Projekt. Wir setzen uns für die zeitnahe Einführung einer europäische Umweltplakette ein. Auch im Bildungs- und Forschungsbereich wollen wir Europa zur gelebten Normalität machen. Grundschulen in der Oberrheinregion können Französisch als Fremdsprache anbieten. Wir wollen die Idee von Europäischen Universitäten weiterentwickeln und dabei helfen, dass EUCOR zu einem gemeinsamen Campus mit grenzüberschreitendem Semesterticket wird. Zu dem trinationalen Verbund EUCOR gehören fünf Universitäten in der Oberrheinregion: Basel, Freiburg, Haute-Alsace, Strasbourg und das Karlsruher Institut für Technologie. Auch eine deutsch-französische Berufsschule wollen wir ins Leben rufen. Das Programm „Erasmus +“ werden wir weiter ausbauen. Die Entwicklung von Zukunftstechnologien lebt von internationalem Austausch! Etwa bei der Forschung an Künstlicher Intelligenz wollen wir den grenzüberschreitenden Austausch zwischen Wissenschaftler*innen sowie gemeinsame Forschungsprojekte fördern. Wir setzen uns dafür ein, das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon Europe“ ambitionierter auszugestalten. Die Inhalte des Programms orientieren sich an wichtigen gesellschaftlichen Fragen zu Gesundheit, Umwelt oder Verkehr. Ziel ist es, die wissenschaftliche Exzellenz in Europa zu fördern.

Das grenzenlose Arbeiten in Europa braucht soziale Leitplanken, die europaweit eingehalten werden. Wir werden weiterhin die aufsuchende, mobile Beratung für LKW-Fernfahrer*innen an Autobahn-Rastplätzen unterstützen. Wir kämpfen transnational mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen und werden staatliche Kontrollen ausbauen. Mit einem mehrsprachigen Flyer werden wir über EU-Arbeitsbedingungen informieren. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Wir wollen eine gerechte Bezahlung ausländischer Arbeitskräfte auch in der Praxis umsetzen und werden die Arbeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit stärken.

Donauraumstrategie als politisches Projekt zur Demokratieförderung weiterentwickeln

Wir wollen den Donauraum zur europäischen Lebensader machen. Baden-Württemberg als Ursprungsland der Donau engagiert sich bereits intensiv in der Donauraumstrategie. Diese wollen wir über die wirtschaftliche Kooperation hinaus als politisches Projekt weiterentwickeln. Dafür möchten wir Austauschprojekte für Studierende, Azubis und Schüler*innen, Start-ups und im Wissenschafts- und

Medienbereich fördern. Für uns Grüne ist wichtig, dass die Donauraumstrategie der Demokratieförderung dient. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu Bürger*innenrechten. Wir fordern von allen Donauanrainerstaaten ein Einstehen für eine humane Flüchtlingspolitik, eine liberale Minderheitenpolitik etwa gegenüber den Roma und ein konsequentes Vorgehen gegen Korruption. Auch die Gleichberechtigung der Geschlechter ist uns Grünen ein wichtiges Anliegen. Wir werden weiterhin Frauenprojekte für Sinti und Roma in Südosteuropa unterstützen. Wir sagen dem Frauenhandel gemeinsam mit anderen Staaten wirksam und konsequent den Kampf an!

Entwicklungszusammenarbeit voranbringen: Wir tragen globale Verantwortung

Wir wollen unserer Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung und für die Einhaltung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards gerecht werden. Deshalb hat die grün-geführte Landesregierung die Verwaltungsvorschrift des Landes für eine faire und nachhaltige öffentliche Beschaffung erlassen. Diese gilt es, konsequent und verbindlich fortschreiben. Ihre Umsetzung muss durch Schulungsangebote, Monitoring und neue Instrumente sichergestellt werden. Landeseigene Unternehmen, die auch außerhalb von Deutschland tätig sind, wollen wir darauf verpflichten, faire, soziale und ökologische Produktionsbedingungen im gesamten Herstellungszyklus einzuhalten. Im Bund setzen wir uns für ein ambitioniertes Lieferkettengesetz ein, das verbindlich menschenrechtliche Sorgfaltspflichten verankert und effektive Sanktionsmöglichkeiten eröffnet, wenn diese verletzt werden.

Baden-Württemberg lebt von seinen starken, weltweit tätigen Unternehmen und seiner lebendigen Zivilgesellschaft. Sie bergen großes Potenzial, unsere internationale Zusammenarbeit fit zu machen für die globalen Herausforderungen und den überfälligen ökologisch-sozialen Transformationsprozess des neuen Jahrzehnts! Die vielen Akteur*innen und Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit werden wir Grüne weiterhin fördern und über alle Bereiche vernetzen. Dabei legen wir besondere Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen zum europäischen Nachbarkontinent Afrika. Entwicklungszusammenarbeit ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Das heißt: Baden-Württemberg übernimmt weltweit Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung der Zukunft. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir das breite Netzwerk der entwicklungspolitischen Akteur*innen weiterhin intensiv unterstützen und den entwicklungspolitischen Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, der Wissenschaft und der Wirtschaft vertiefen. Über den Rat für Entwicklungszusammenarbeit sowie über Informations- und Netzwerkplattformen werden wir dafür sorgen, die vorhandenen Ressourcen noch wirksamer nutzen zu können. Projekte und das Engagement in Ländern des globalen Südens sind dabei von großer Bedeutung. Genauso wichtig ist es, hierzulande die Bildung für nachhaltige Entwicklung und das Globale Lernen im schulischen und außerschulischen Bereich zu fördern sowie ein entwicklungspolitisches Bewusstsein zu schaffen. Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Daher wollen wir die deutsche und europäische

Kolonialvergangenheit zu einem festen Bestandteil in den Lehrplänen und -materialien an Schulen und Universitäten machen und diese bei der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften stärker verankern. Wir wollen den begonnenen Perspektivenwechsel der globalen Verantwortung als wirtschaftsstarkes Land weiter vorantreiben. Wir werden dazu beitragen, dass unsere Wirtschafts- und Lebensweise die Lebensgrundlage unserer Partnerländer respektiert und nicht zerstört.

Die Landesförderung und unser Engagement werden wir im Sinne der entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs auf ausgewählte Partnerregionen des Landes fokussieren. Dazu werden wir die aufgebauten und bewährten Strukturen nutzen. Der Landespartnerschaft mit Burundi, die über das Kompetenzzentrum Burundi der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) koordiniert wird, kommt für uns besondere Bedeutung bei: Sie ist über Jahrzehnte als Graswurzelpartnerschaft gewachsen. Was wir mit Kritik und Sorge beobachten, ist die Menschenrechtslage in Burundi. Daher wollen wir den Einsatz für Menschenrechte und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft noch weiter stärken.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- ein Baden-Württemberg, das auch in Krisenzeiten internationale Solidarität lebt und lokal handelt
- mehr europäische Souveränität bei der Beschaffung wichtiger Gesundheitsgüter wie Medikamente, Impfstoffe, medizinische Geräte und Schutzkleidung durch die Produktion in Europa und Baden-Württemberg
- die Weiterentwicklung der Donauraumstrategie als politisches Projekt – über wirtschaftliche Kooperationen hinaus
- die Stärkung und den Ausbau einer fairen, nachhaltigen öffentlichen Beschaffung und die Verankerung von Klimaschutz in Handelsabkommen
- globale nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit